



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

E/V/137

16. Juni 1950

Hinweise

auf den Inhalt:

Rundfunkhörer in Bewegung	S. 1
Politik der Rache in Peru - Von unserem Südamerika-Korrespondenten	3
Auch die Säuglinge unterschrieben - Zur Unter- schriftensammlung in der Ostzone	5
Am 25. Juni tagt der PV	6
Die Deutsche Partei fühlt sich benachteiligt	6

## Rundfunkhörer in Bewegung

J.F.W. Als 1945 wieder deutsche Rundfunksendungen empfangen werden konnten, sicherte die Befriedigung, überhaupt wieder echten Rundfunk anstelle von Einheitsmusik und Durchhaltepropaganda hören zu können, den neuen Sendern und ihren Programmen die aufrichtige Sympathie der Rundfunkteilnehmer. Leider muss hierbei festgestellt werden, dass das übernommene Guthaben an Vertrauen seit der Rückgabe des Rundfunks in deutsche Hände in verstärktem Masse - und besonders durch die grossen Sender - verschwendet wurde.

Die Gründe sind mannigfacher Art. Selbstverständlich ist es unmöglich, ein Rundfunkprogramm zu schaffen, das den unterschiedlichen Wünschen aller Hörer gerecht wird. Aber neben diesem natürlichen Unvermögen, auf das der Rundfunk nicht immer wieder als Generalentschuldigung hinweisen sollte, stehen Mängel, die zu beheben sind. Zur Routine erstarrte Dauersendungen folgen auf wahllos aus den Bandarchiven zusammengeholte musikalische Unterhaltungsprogramme. Das Einerlei selbstgefällig vorgetragener Verlegenheits-Reportagen verbittert ebenso wie lieblos hingeworfene Programmfüllsel die Freude an den Sendungen.

In den Rundfunkverwaltungen befremdet die Hörer nicht selten ein Managertum, das kaum eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit sieht, obwohl von dort her ein immer breiterer Strom von Geldern heranzfliesst. Die Rundfunkteilnehmer müssen vielmehr erkennen, dass leitende Männer des Funks in der Fülle der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel - der finanziellen und der mit diesen öffentlichen Geldern

geschaffenen publizistischen - vor allem die Bestätigung der eigenen Wichtigkeit sehen. Die Auswirkungen dieser Haltung zeigen sich in der Immunität des Rundfunkbetriebes gegenüber neuen Menschen und neuen Ideen und in der Entwicklung eines überbezahlten Starsystems in der Verwaltung und im Programm. Sie zeigen sich in einer eifersüchtigen Selbstzufriedenheit der einzelnen deutschen Sendegesellschaften, die bis jetzt jede wirksame Zusammenarbeit der Sender in Programm und Verwaltung zum Schaden der Rundfunkentwicklung und zum Nachteil der Hörer verhindert hat. Sie zeigen sich nicht zuletzt auch in einer Wirtschaftsplanung, die gewöhnt ist, ihre Ausgaben nach Massgabe der steigenden Einnahmen zu vermehren, statt sie mit der Sparsamkeit zu regeln, die der deutschen Situation entspricht.

Alle diese unerfreulichen Erscheinungen zeigen sich bei den grossen Sendern stärker als bei den kleinen Stationen. Die Hörer stehen ihnen machtlos gegenüber. Die Rundfunkräte, als eine Art Hörervertretung bei den einzelnen Sendern gedacht, haben trotz vereinzelter Ansätze, dieser Aufgabe gerecht zu werden, gezeigt, dass sie die Funktion einer demokratischen, hörernahen Kontrollinstanz nicht erfüllen können. Die Ursache dieses Versagens ist in dem ständischen Aufbau der Rundfunkgeräte zu suchen. Er veranlasst ihre Mitglieder, sich nicht der Hörergesamtheit, sondern einzelnen, am Rundfunk aus sehr unterschiedlichen Gründen interessierten Organisationen und Körperschaften verpflichtet zu fühlen.

Es spricht für das Verantwortungsgefühl ernsthafter Hörerkreise, dass sie in zunehmendem Masse versuchen, das Unbefriedigende der heutigen Rundfunksituation durch direkte Initiative zu überwinden. Hörerverbände, die überall entstehen, treten für die Forderung ein, den Wünschen der Rundfunkteilnehmer auf demokratischem Wege Gehör zu schaffen. Zum Teil verfügen sie, wie etwa der ARBD, bereits über eine beachtliche Mitgliedschaft durch kollektiven Beitritt grosser Organisationen.

Die Unzufriedenheit mit der bisherigen Lage, die den Hörer zum Zuhlen und Schweigen verurteilt, lässt diese Verbände allerdings zu einzelnen Forderungen kommen, die, verwirklicht, ebenso ungünstige Folgen zeitigen müssten, wie die heutige Situation. So müsste die von den Hörerorganisationen geforderte Gebührenabführung an einen Sender nach Wahl des Hörers zu einer grundsätzlichen Verflachung der Programme führen. Kulturelle Verpflichtungen und jeder Mut zum Experiment würden dann, nicht nur wie schon heute, häufig durch Gleichgültigkeit, sondern

zusätzlich durch die Angst vor einem ungünstigen Kassenrapport gehemmt werden.

Ebenso bedenklich ist die Forderung nach dauernder, unmittelbarer Beeinflussung der Programme durch die Hörer. Selbstverständlich müssen die leitenden Instanzen der Sender durch echt demokratisch zusammengesetzte Rundfunkräte gewählt werden und ihnen verantwortlich sein. Echte gestaltende Leistung bedarf aber am Rundfunk wie überall einer gewissen Unabhängigkeit. Über die grundsätzliche Verantwortlichkeit gegenüber neuen demokratischen Rundfunkräten als der Vertretung aller Hörer, also praktisch aller Bewohner des Sendegebietes hinaus, sind dauernde Eingriffe in das Programm verderblich, zumal wenn sie mit der Tendenz der Nivellierung nach unten erfolgen.

Doch bleibt das Entstehen der Hörerverbände ein erfreuliches Zeichen für das Erwachen einer Aktivität, die im Interesse der Rundfunkentwicklung unbedingt erforderlich ist. Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen dieser Verbände und die beginnende Diskussion über die Neuordnung des Rundfunks bald zu einer besseren Regelung führen, als sie das jetzige Provisorium darstellt.

- - - -

#### Politik der Rache in Peru

Von unserem Südamerika-Berichterstatter Pablo Haupt

Am 2. Juli wird in Peru der militärische Diktator der letzten zwei Jahre, Oberst Odría, zum Präsidenten des Landes gewählt. Um das verfassungsmäßige Gesicht zu wahren, hat er die Führung der Regierung einem Kameraden der Militäryunta übergeben, da - zur Vermeidung jeder Wahlbeeinflussung - die peruanische Verfassung bestimmt, dass Präsidentschaftskandidaten kein Staatsamt innehaben dürfen. Trotzdem ist die Wahl kein echtes demokratisches Verfahren, denn bisher hat niemand gewagt, sich als Gegenkandidat aufstellen zu lassen. Die einzige Partei, die wirklich in der Lage wäre, mit Odría und seinen Militärs um die Wählerstimmen zu ringen, die sozialistische Indianerbewegung der "Aprista", ist verboten.

Ihr Gründer und Führer, Victor Haya de la Torre, sitzt in der Gesandtschaft Kolumbiens in Lima, der peruanischen Hauptstadt, seit zwei Jahren wie in einem Käfig. Er hatte im Juli 1948, als der Versuch der Marine und Arsenalarbeiter, sich mit Waffengewalt der Regierung zu bemächtigen, vom Obersten Odría niedergeschlagen worden war, bei der

kolumbianischen Gesandtschaft Asyl erbeten und erhalten. Es ist in Südamerika üblich, dass der Sieger im Bürgerkrieg dem Besiegten freies Geleit nach dem Ausland zugesteht, aber Oberst Odría lehnte das von der kolumbianischen Regierung für Haya de la Torre erbetene Geleit ab, so dass dieser die die kolumbianische Gesandtschaft in Lima nicht verlassen kann, ohne in die Hände eines Standgerichtes zu fallen, dass, wie der peruanische Militäranwalt verlauten liess, ihn zum Tode verurteilen würde.

Die Tragik Haya de la Torres ist umso grösser, als er und seine Bewegung von zwei Seiten verraten wurden. Mit ihren Stimmen war 1945 der liberale Präsident Bustamante und ein linksstehendes Koalitionskabinett in den Sattel gehoben worden. Der liberale Präsident schwenkte dann aber nach rechts ab, schiffte nicht nur die der Apristabewegung nahestehenden Minister aus, sondern verbot die Apristapartei als "kommunistisch". Und die wahren Kommunisten, eine kleine, von Moskau geleitete Gruppe, denen es gelungen war, das Vertrauen Haya de la Torres zu gewinnen und eine "demokratische Volksfront" mit den Apristas zu bilden, veranlassten die Marine und Arbeiter der Hafenstadt Callao unter Missbrauch des Namens de la Torres zu putschen und führten damit nicht nur die Niederlage der Apristas, sondern des ganzen parlamentarisch-demokratischen Systems in Peru herbei. Nachdem Oberst Odría unter dem Beifall der liberal-konservativen Regierung die Apristas niedergeschlagen und damit die Kraft der indianischen Arbeiterschaft gebrochen hatte, stürzte er drei Wochen später auch den liberalen Präsidenten und übernahm als Führer einer Militäryunta selbst die Regierung des Landes.

Das erlistete Bündnis mit Moskau hat den Apristas, wie so vielen Linksparteien in Europa, das Leben gekostet. Was man jedoch von dem Sieger verlangen kann, und das unsomehr, als er Wert darauf legt, das demokratische Gesicht zu wahren, ist, dass er endlich dem niedergeworbenen Kämpfer Haya de la Torre erlaubt, in sein freiwilliges Exil zu gehen. Seit zwei Jahren bestürmen die demokratischen Bewegungen Südamerikas - und sogar altkonservative Kreise - den Obersten Odría, "Kavalier" zu sein und sich dem Brauch, den Geschlagenen ins Exil gehen zu lassen, anzuschliessen. Macht die Wahl am 2. Juli Odría vom "diktatorischen" zum "demokratischen" Präsidenten, so wäre auch der letzte Vorwand gefallen, die niederträchtige Rechepolitik gegenüber Haya de la Torre fortzusetzen.

Auch die Säuglinge unterschrieben

sp. In der sowjetischen Besatzungszone ging jetzt eine neue Serie in der Reihe der sattem bekannten Propaganda-Aktionen zu Ende. Nach Abschluss der sogenannten "Unterschriftensammlung für das Verbot der Atombombe" hat das 'Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden' - in der Sowjetzone liebt man nun einmal hochtrabende Firmierungen - das Ergebnis dieser Aktion bekanntgegeben. Hier soll darüber nicht wegen seiner Bedeutung berichtet werden, sondern wegen eines Regiefehlers, der die kommunistischen Absichten und Methoden wieder einmal bloßstellte.

Wie die Goebbelsche Propaganda, die immer dann besonders viel vom Frieden und dem Willen zur Zusammenarbeit redete, wenn sich die nationalsozialistischen Machthaber zu einem neuen Überfall rüsteten, so scheinen auch die Sowjets und die sowjetdeutschen Kommunisten nach diesem bewährten Propagandaschema zu verfahren. Nichts war bezeichnender, als dass die sowjetische Friedenskampagne zu demselben Zeitpunkt anlief, da die Seismographen der Welt eine der sowjetischen Atombomben-Explosionen verzeichneten. In Wahrheit ist es so: Die kommunistischen "Friedens"-Parolen dienen dem Zweck, den Westen daran zu hindern, rechtzeitig die vorbeugenden notwendigen Verteidigungsmassnahmen für den Eventualfall zu treffen, der einzig und allein vom sowjetischen Verhalten und den Zielen der sowjetischen Machthaber abhängt. Schliesslich haben sowjetische Rüstungsmassnahmen und Provokationen überhaupt erst die Furcht vor einem neuen Kriege ausgelöst, als deren Folge die Westmächte zu Verteidigungsmassnahmen schritten.

Die kommunistische Unterschriften-Aktion, die in der ganzen Welt durchgeführt werden wollte, hatte deshalb nicht die geringste praktische Bedeutung. Ein Propaganda-Erfolg ist ihr nur dort beschieden gewesen, wo hinter dem Eisernen Vorhang die Bevölkerung den Machtwillen der kommunistischen Partei unterworfen und zur Teilnahme an kommunistischen Aktionen gezwungen werden kann.

Ausserdem unterlief den Veranstaltern ein peinlicher Lapsus, der den Wert der angeblichen Endziffern noch stärker anzweifeln lässt. Bei einer Bevölkerungsziffer von 17,334 Mill. Einwohnern sollen 16,919 Mill. Unterschriften abgegeben worden sein. Diese Zahl bedeutet, dass selbst Säuglinge und Kinder bis zu 5 oder 6 Jahren ihre Unterschriften hätten abgeben müssen. Zwar ist bekannt, mit welchen Mitteln des Zwanges und der Nötigung die Bevölkerung zur Unterschrift gepresst wurde, aber auch die Unterschrift will eben erst gelernt sein oder man fälscht sie. - - -

Sitzung  
Am 24. Juni des Parteivorstandes der SPD

sp. Am 24. Juni findet um 10.00 Uhr die erste Sitzung des in Hamburg neu gewählten Parteivorstandes der SPD statt. Die Sitzung wird in den Räumen der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn abgehalten. Neben Berichten über die letzten internationalen Tagungen, wie COMISCO-Konferenz in Kopenhagen, sozialistische Schuman-Plan-Konferenz in London, Parteitag der französischen Sozialisten stehen u.a. die aussenpolitische Situation und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen zur Debatte. Die Sitzung wird sich auch mit den Anträgen befassen, die dem Parteivorstand vom Hamburger Parteitag überwiesen wurden.

- - - -

Chefredakteur-Tagung am 25. Juni

Die Tagung der SPD-Verleger und Chefredakteure ist auf den 25. Juni vertagt worden. Sie findet um 15.00 Uhr im Fraktionszimmer der SPD des Bundestages statt.

- - - -

Die Deutsche Partei fühlt sich benachteiligt

sp. Anscheinend ist der grösste Teil der von den Unternehmern zur Finanzierung des Wahlkampfes geopfert Gelder der CDU und FDP überlassen worden, während die DP nur "unerhebliche" Summen erhalten haben soll. Das wird darauf zurückgeführt, dass die Unternehmerkreise der DP in Nordrhein-Westfalen keine besonderen Wahlchancen zubilligen. Wie wir zuverlässig erfahren, haben DP-Politiker vor einer Woche den Versuch unternommen, doch noch grössere Summen zu erhalten. Sie haben dabei zu verstehen gegeben, dass sie sonst die Finanzquellen der CDU und FDP einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen werden...

- - - -